

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül hat doch noch seine Europa-Rede an der Berliner Humboldt-Universität gehalten: Eine Bombendrohung hatte den Auftritt verhindert. Nach der Entwarnung durch die Behörden redete Gül in einem anderen Saal der Uni vor geladenen Gästen.



Der türkische Staatspräsident das europäische Integrationsprojekt und betonte, die Europäische Union sei «nicht ein Projekt des Verharrens in der Vergangenheit, sondern eines des Aufbaus einer gemeinsamen Zukunft». Zugleich bedauerte [Gül Seit 2007 ist Abdullah Gül der 11. Staatspräsident der Türkei. Er gehört der islamisch-konservativen Partei AKP an.](#) es, dass die «Atmosphäre der Toleranz» in Europa sich unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise getrübt habe. Gül rief dazu auf, sich nicht entmutigen zu lassen und das 21. Jahrhundert zu einem «Jahrhundert der Integration» zu machen.

Ein Anrufer hatte zuvor über den Polizeinotruf 110 vor einem Sprengsatz in der Universität gewarnt, wo mehrere Hundert Menschen die europapolitischen Vorstellungen Güls hören wollten. Daraufhin wurde das gesamte Gebäude geräumt.

Der türkische Staatspräsident hatte beim Treffen mit Bundespräsident Christian Wulff bereits klargestellt, dass die Türkei an ihrem Ziel einer Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union festhalte. Die von der Bundesregierung favorisierte "privilegierte Partnerschaft" lehnte er ab. Heftigen Widerspruch bei deutschen Politikern erntete Gül derweil mit seiner Rüge an den seit 2007 verschärften Regelungen zum Familiennachzug.